

Gewerbesteuer: Einnahmen brechen der Gemeinde weg

Haushalt Schlagabtausch zum Haushalt im Rat von St. Katharinen

Von unserer Mitarbeiterin
Sabine Nitsch

■ **St. Katharinen.** St. Katharinen schreibt rote Zahlen. Auf rund 3,5 Millionen Euro steigt der Schuldenberg bis Ende 2011. Die Gemeinde rechnet in diesem Jahr mit einem Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen von mehr als 50 Prozent. Statt 2,4 Millionen Euro wie noch 2010, werden es 2011 wohl nur noch 1,1 Millionen Euro sein. Die Schulden steigen so auf rund 3,5 Millionen Euro. Jeder der 3454 Einwohner von St. Katharinen steht Ende des Jahres mit 1034,21 Euro in der Kreide. Immerhin gönnte sich St. Katharinen einen rund 6,8 Millionen Euro teuren Sporttempel. Für die geplante Gestaltung der Außenanlagen, des Schießstandes, der Tennisplätze und Ähnlichem wird die Gemeinde erneut tief in die Tasche greifen müssen, sodass die Gesamtkosten mehr als 8 Millionen betragen werden. Die Rücklagen sind bereits aufgebraucht. Ein „Unding“ für FWG und SPD, die den bei der jüngsten Ratssitzung vorgelegten Haushalt 2011 deshalb kategorisch abgelehnten. Die CDU-Mehrheit brachte ihn trotzdem auf den Weg.

Gemeinde hat sich übernommen

„Es hat starke Beeinträchtigungen gegeben“, kommentierte zuvor Ortsbürgermeister Willi Knopp die Haushaltszahlen. Während Hans Willi Börder von der CDU dem Haushalt trotzdem viel Positives abgewinnen konnte, bewertete Dr. Bernhard Rami von der FWG die gleichen Zahlen völlig anders. „Die Gemeinde hat sich übernommen“, stellte er im Hinblick auf die teure Sporthalle fest. Noch 2009 habe St. Katharinen über eine Rücklage von 5,3 Millionen Euro verfügt. Jetzt blicke die Gemeinde stattdessen auf einen Schuldenberg von 3,5 Millio-

Etat in Kürze

- * Haushaltsvolumen: 5,34 Mio. Euro
- * Investitionshöhe: 1,8 Mio. Euro
- * Kreditaufnahme: 1,14 Mio. Euro
- * Schulden: 3,57 Mio. Euro

nen Euro. „Wir haben in drei Jahren also 9 Millionen Euro verbraucht“, rechnete er vor und suchte im Haushalt vergeblich nach Ansätzen und Plänen, wie der Schuldenstand wieder abgebaut werden könne. „Wie soll denn die Gemeinde handlungsfähig werden“, schimpfte er und mahnte: „Natürlich waren die Einbrüche bei der Gewerbesteuer nicht vorhersehbar. Deswegen brauchen wir eine vorausschauende Haushaltspolitik.“

Stattdessen plane St. Katharinen munter weiter: rund 1,1 Millionen Euro für den Ankauf von Grundstücken in Notscheid, um dort ein neues Gewerbegebiet zu bauen. 135 000 Euro soll auch noch der Abriss der alten Sporthalle kosten, und mit 245 000 Euro schlagen die Baukosten für das Gebiet „Auf der Hardt“ in Hargarten zu Buche. Um das alles auch finanzieren zu können, muss die Gemeinde einen Investitionskredit in Höhe von rund 1,1 Millionen aufnehmen.

„Wir können nicht mal unsere laufenden Ausgaben bestreiten. Sogar hierfür müssen wir einen Liquiditätskredit aufnehmen“, sagte Rami und stellte zudem fest, dass keine Finanzmittel für die Verbesserung der Nahversorgung mehr im Haushalt zu finden sind. 2009 seien es für die Ansiedlung eines neuen Lebensmittelgeschäftes noch 500 000 Euro gewesen.

Die CDU bewertete die Lage völlig anders. Die 9 Millionen seien nicht „verbraucht“ sondern „inves-

tiert“ worden, stellte Wilfried Eul klar und nannte die Formulierung Rami eine „Dreistigkeit“. „Genauso dreist ist es, permanent auf die Versorgung einzugehen. Wir als Gemeinde haben keinen Einfluss auf unternehmerische Entscheidungen“, schimpfte er.

Vertretbare Investitionen

Zuvor hatte Börder das vorgelegte Zahlenwerk genau beleuchtet. Den Gewerbesteuereinbruch machte er verantwortlich für das große Loch in der Kasse und verteidigte den Grundstücksankauf für das Notscheider Gewerbegebiet als vertretbare Investition in die Zukunft. „Es wird unsere Einnahmen wieder steigern und Arbeitsplätze bringen“, argumentierte er. Auch die teure Sporthalle sah er positiv. Es seien schließlich Investitionen, die allen Bürger von St. Katharinen zugutekommen. Nicht nur das. Dank der neuen Heiztechnik und der Fotovoltaikanlage auf dem Dach werfe die neue Halle wegen der Einspeisevergütung unter dem Strich sogar 17 700 Euro ab.

Rami und sein Parteikollege Dr. Werner Martin machten hingegen eine ganz andere Rechnung bei dem Gewerbegebiet auf. 47 000 Quadratmeter kosten rund 1,1 Millionen Euro, das sind 24 Euro pro Quadratmeter. Hinzu kämen noch Erschließungskosten. „Anderswo kosten Grundstücke im Gewerbegebiet 29 Euro“, sagte Martin und warnte, dass es sich um ein vorhersehbares Zuschussgeschäft handle. Die FWG schlug vor, erst mal abzuwarten und die Investition in die Folgejahre zu verschieben. „Die Zeiten sind zu unsicher. Es gibt nun mal kein unendliches Wachstum“, mahnte die FWG im Hinblick auf die spätere Vermarktung. Werner Hoß (CDU) wischte diese Sorgen vom Tisch. „Wir müssen jetzt handeln, sonst machen es andere.“